

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 53 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierteljährliche Anzeigenspalte oder deren Raum 15 Pf., für sechsmonatliche, Arbeits- und Wohnungsanzeiger nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 237.

Freitag den 10. Oktober 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Vor der Entscheidung.

Unsere Fraktion hat in der Zollkommission geleistet, was nur menschenmöglich war. Es war eine schwere Arbeit, entgegen der zielbewußten Strangulierungspolitik der Majoritätsparteien die Debatten fortzuführen, — doppelt schwer, weil der große Resonanzboden fehlte, den die Öffentlichkeit für die Plenumsverhandlungen des Reichstages darbietet. Die kurzen Kommissionsberichte wurden nur als Bulletins über den Stand der Dinge aufgefaßt, die Verhandlungen selbst interessierten zumeist das große Publikum sehr wenig. Ganz sich selbst überlassen, angeführt einer Majorität, die stets bereit war, sie niederzustimmen, haben unsere Kommissionsmitglieder mit zäher Ausdauer von Position zu Position unseren Standpunkt vertreten und wichen nicht, bis alle Mittel der Bertheibigung erschöpft waren. Ohne den Widerstand unserer Fraktion wären die Arbeiten der Zolltarifkommission in ebenso viel Wochen erledigt, als sie jetzt Monate erforderten.

Es wäre aber falsch, die Thätigkeit unserer Fraktion in der Zolltarifkommission nur vom Standpunkte der Obstruktion betrachten zu wollen. Die Fraktion hat mehr geleistet. Wenn die Majoritätsparteien jede eingehende Erörterung des Zolltarifs mit Gewalt unterbrechen wollten, so geschah es nicht bloß aus Zeitmangel, sondern weil man fürchtete, daß bei der Diskussion über die einzelnen Tarifsätze die vielen Interessengegensätze zum Durchbruch kommen würden, welche die Schutzöllner selbst unter einander verfeinden. Das aber erreichte unsere Fraktion. Sie ließ die Gegensätze nicht vertuschen, sie brachte sie auf, sie schürte den Streit und trieb die Gegensätze auf die Spitze. Sie veruneinigte die Gegner.

So können wir denn mit den Vorbereitungen zu den großen Kämpfen um den Zolltarif, so weit unsere Thätigkeit dabei in Betracht kommt, wohl zufrieden sein. Entschieden ist damit freilich noch gar nichts.

Die Situation ist verworren und voll Widersprüche. Die Regierung hat erklärt, auf der Tarifvorlage bestehen zu müssen; ohne das könne sie keine Handelsverträge abschließen. Sie setzt also den Parteien die Pistole auf die Brust. Dessen ungeachtet beharrt die Zollkommission auf ihren Beschlüssen. Aber unter den Majoritätsparteien herrscht keineswegs Eintracht. Die agrarischen und die industriellen Schutzöllner liegen einander in den Haaren. Erklärte doch dieser Tage die „Kreuzzeitung“: „So lange die Industriezölle nicht erhöht werden, sind uns die bisherigen autonomen Agrarzölle, die ja von selbst die Bedeutung von Mindestzöllen gewonnen haben, völlig ausreichend.“ Also nicht nur mit dem 5 Mark-Getreidezoll, sondern mit dem 3 1/2 Mark-Zoll will sich die „Kreuzzeitung“ begnügen, wenn nur die Industriezölle nicht erhöht werden. Das ist ein Geständniß, das uns bei der Agitation viel nützen wird. Denn wir sind ja gegen die Industriezölle wie gegen die Agrarzölle. Wir können uns also für die Entbehrlichkeit der Agrarzölle auf die Autorität der „Kreuzzeitung“ berufen.

Die Konservativen der „Kreuzzeitung“ stehen unter dem Druck des Bundes der Landwirthe. Sie dürfen sich nicht so regierungsfreundlich, so gouvernemental zeigen, wie sie sind. Aber wenn es darauf ankommt, werden sie schon für die Regierungsvorlage stimmen.

Die Entscheidung liegt beim Zentrum. Doch als Mischmasch-Partei par excellence birgt das Zentrum in sich sämtliche Gegensätze. Es sind in ihm das agrarische Interesse und das industrielle vertreten; zugleich muß es auf den reinen Arbeiterstandpunkt Rücksicht nehmen. Wie soll das Zentrum die Richtung angeben, da in ihm selbst ein derartiger Interessenwiderstreit herrscht? Das Zentrum ist in Sachen der Zolltarifvorlage jene Partei, die, was sie auch beschließen mag, sich selbst schadet.

Aber so groß auch die Verwirrung unter den bürgerlichen Parteien ist, so giebt es doch einen Moment, das sie einigt. Das ist die Furcht vor der Sozialdemokratie. Diese Furcht einigt die Agrarier des Zentrums mit den Freihändlern des Freisinn. Die Furcht vor der Sozialdemokratie ist aber die Furcht vor den Wahlen.

Die „Köln. Volksztg.“ hat es soeben ausgesprochen. Sie erklärt unumwunden, daß, wenn die Wahlen im Zeichen der Zolltarifvorlage stattfinden werden, das zu einer gewaltigen Stärkung der Sozialdemokratie führen würde. Das führende Zentrumsblatt sieht nicht, daß es sich dabei selbst ins Gesicht schlägt. Denn was anderes bedeutet diese Stärkung der Sozialdemokratie, welche das Zentrumsorgan in Aussicht stellt, als daß die Massen der Wähler gegen den Schutz Zoll sind? Was anderes bedeutet das, als daß das Zentrum seiner eigenen Wähler nicht mehr sicher ist? Was anderes, als daß das Zentrum sich selbst bewußt ist, daß seine Politik sich im Widerspruch befindet zu den Interessen der Volksmassen? So sehr ist das führende Blatt des Zentrums davon überzeugt, daß es schreibt, kein bejahrter Politiker werde glauben, daß ein späterer Reichstag

mehr agrarische Forderungen bewilligen werde, als der heutige. Ja, es sieht bereits „alles scheitern“, d. i. die ganze Schutzöllnpolitik. Es redet deshalb den Konservativen zu, sich vom Bund der Landwirthe zu trennen und für die Regierungsvorlage zu stimmen.

Das bedeutet eine entscheidende Wendung in der Taktik des Zentrums. Man konnte nach seinem Verhalten in der Zolltarifkommission annehmen, daß das Zentrum es mit den Agrariern auf eine Auflösung des Reichstages ankommen lassen wollte. Statt dessen will es, im Gegenheil, alles aufbieten, um noch vor den Wahlen die Sache zur Entscheidung zu bringen. Es will dasselbe Spiel wiederholen, wie bei der Marinevorlage 1898; es will die Wähler vor eine vollendete Thatsache stellen. Die Spekulation ist nicht übel. Es ist ein Gesetz der Massenpsychologie, daß das Interesse der Wähler sich verflüchtigt, wenn an einer Thatsache nichts mehr zu ändern ist. Das sah man eben bei den Reichstagswahlen 1898, die unmittelbar nach der Annahme der Marinevorlage stattfanden. Und wenn auch das Zentrum dadurch, daß es, mit dem offenen Zweck, sie der Entscheidung der Wähler zu enthalten, die Zolltarifvorlage Gesetz werden läßt, erst recht seinen volksfeindlichen Charakter aufdeckt, eine weitere politische Schuld sich aufladet, so wird dennoch in diesem Fall seine Stellung bei den Wahlen eine weniger schlechte sein, als wenn die Wähler bei den Reichstagswahlen zugleich auch über die Schutzöllle abzustimmen hätten.

Es liegt zweifellos im Interesse der Schutzöllparteien, die Regierungsvorlage anzunehmen. Der ganze Streit ist durch die übermüthige Opposition der Agrarier verschoben worden. Nicht um die Kommissionsbeschlüsse, die noch über die Regierungsvorlage hinausgehen, handelt es sich, sondern um diese selbst. In der Taktik der Agrarier mag sogar die Berechnung gelegen haben, die Aufmerksamkeit von den Zollerhöhungen der Regierungsvorlage abzulenken, indem man sie als noch nicht agrarisch genug hinstellte. Mögen nun aber auch die Herren vom „Bunde“ in ihrer intransigenten Stellung verbleiben, so spricht doch alles dafür, daß eine ultramontan-konservative Vereinigung für die Regierungsvorlage zustande kommen wird.

Die Furcht vor der Sozialdemokratie bringt die reaktionären Parteien zusammen. Wie wenig aber die Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion auf die Unterstützung der bürgerlichen Linken rechnen kann, hat soeben wieder der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei gezeigt. Wir stehen allein. Auf uns liegt die ganze Last des Kampfes. Und wir müssen gewärtig sein, daß man uns gegenüber die brutale Macht der Majorität anwenden wird.

Man wird uns niederstimmen. Man wird die Redegewinnline gebrauchen. Man wird, wenn es darauf ankommt, die Geschäftsordnung vergewaltigen. Auf all das müssen wir gefaßt sein. Wir werden einen Kampf zu kämpfen haben nicht bloß um die Brodzölle, sondern um das Recht der parlamentarischen Minorität!

Parvus.

Politische Mundschän.

Deutschland.

Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete für Frankenstein-Münsterberg, Pfarrer Vanger, hat, wie man dem „B. Zg.“ aus Breslau meldet, nuncmehr seine Mandate niedergelegt. Er ist in ein Redemptoristenkloster eingetreten. Vanger war 1898 in der Nachwahl für den verstorbenen Abgeordneten v. Schalscha in den Reichstag gewählt worden. Der Wahlkreis Frankenstein-Münsterberg gehört zum sicheren Besitz des Zentrums, so daß die wiederholte Nachwahl zu stärkeren Wahlkämpfen kaum Gelegenheit bieten wird.

Der Kampf um den Zolltarif. Wie der offiziöse „Hamb. Corr.“ aus „unerschütterlicher Quelle“ erfährt, hat der Reichstanzler Graf Bülow neuerdings wiederholt der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß sowohl eine Erhöhung der Minimalzölle auf Getreide wie auch eine Erweiterung des Minimaltarifs auf Vieh ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Die Fleischnoth. Endlich hat die Regierung eines deutschen Bundesstaates die Viehnoth unumwunden anerkannt; es ist die von Reuß i. S. Das kaiserliche Ministerium hat, wie der „Allg. Fleischh. Ztg.“ aus Gera berichtet wird, eine Petition des Stadtraths in Gera um Deffnung der Grenzen für lebendes Vieh an den Reichstanzler weitergegeben und um wohlwollende Berücksichtigung der Petition gebeten. — Werden sich andere Regierungen dazu aufraffen, diesem Beispiele zu folgen, selbst auf die Gefahr hin, einen wüsten Lärm in der agrarischen Presse zu entfesseln? In Lübeck scheinen ja Bürgerschaft und Senat von der Fleischtheuerung noch immer nichts zu spüren; oder hat man schon solche Furcht vor den Landbündlern, daß man vor jedem Protest ängstlich zurückschreckt?

Die Burengenerale danken. Hochfürstlich schreibt

die „Nordd. Allg. Ztg.“: „In einer Reihe von Blättern wurde behauptet, daß die Audienz der Buren generale bei Sr. Majestät dem Kaiser nunmehr endgiltig feststehe. Demgegenüber sind wir in der Lage, Folgendes mitzutheilen. Nachdem es zur Kenntniß Sr. Majestät gelangt war, daß die Führer der ehemaligen Burenarmee, Botha, Dewet und Delarey, nach Berlin kommen würden, erging am 18. September der allerhöchste Befehl, die Generale dahin zu verständigen: Sr. Majestät sei bereit, sie zu empfangen, vorausgesetzt, daß sie sich in Deutschland von jeder antienglischen Agitation fernhalten und bei Sr. Majestät durch Vermittlung des englischen Botschafters anmelden lassen würden. Hierauf erklärte General Dewet für sich und seine Kameraden, daß sie mit den Bedingungen, unter denen ein Empfang bei Sr. Majestät dem deutschen Kaiser stattfinden könnte, einverstanden wären. Nach einer am 6. Oktober aus dem Haag eingegangenen amtlichen Meldung sind die Generale jedoch inzwischen an deren Sinnes geworden. Sie erheben jetzt Bedenken dagegen, eine Audienz nachzuziehen und erwarten vielmehr eine Vernehmung durch Sr. Majestät den Kaiser. Demnach ist die Angelegenheit in negativem Sinne entschieden und erledigt.“ — Die Angelegenheit ist unserer Meinung nach fast ohne jedwede politische Bedeutung, denn Niemand kann es Wilhelm II. verwehren, wen er empfangen will. Für die Buren aber sollte sich aus der verunglückten Audienz die Lehre ergeben, daß sie sich an den Sympathien und der werththätigen Liebe der Völker genügen lassen, woran es ihnen doch noch nie gefehlt hat.

Eine schwere Zentrums-Niederlage. Bei den Dienstag in Mannheim vollzogenen Gemeindevahlen der zweiten Steuerklasse wurden, wie der „Vorw.“ meldet, gewählt von demokratisch-sozialistischer Liste acht, der freisinnig-national-liberalen zehn Kandidaten. Das Zentrum ist glatt durchgefallen und verliert alle bisherigen Siege. — Die Früchte der ultramontanen Brodvertheuerungspolitik beginnen zu reifen. Es muß aber noch erheblich besser kommen.

Ein neues Opfer des Duellblödsinns. Dienstag morgen fand, wie aus Karlsruhe gemeldet wird, auf dem Ettlinger Schießplatz ein Pistolenduell zwischen dem Studirenden der technischen Hochschule Ruff aus der Pfalz, Mitglied des Korps „Frankonia“ und einem Angehörigen der Freiburger Universität, dem Studirenden der Rechte Karl Reiß von Karlsruhe, Mitglied des Korps „Sueba“ in Freiburg, statt. Reiß erhielt einen Schuß in den Unterleib und starb am Dienstag Abend gegen 9 Uhr. Die Veranlassung bot nach der „Frankf. Zeitung“ eine gewöhnliche Unrempelung in einem Kafe, die in Thätlichkeiten ausartete, als Reiß der Aufforderung, mit Ruff herauszukommen, mit den Worten: „Mit Ihnen komme ich nicht raus“ nicht Folge leistete. Die Antwort war ein Schlag ins Gesicht. Bemerkenswerth ist noch, daß der Karlsruher S. C. (Seniorenkonvent) sich zur Zeit in schwerem Waffenverruß mit dem Rössener S. C. befindet. Der Freiburger Schwabe mußte deshalb aus seinem Korps austreten, um sich in Karlsruhe todtschießen lassen zu können. Ruff wurde verhaftet. — Solange Duellmörder regelmäßig begnadigt werden, dürfte kaum zu erwarten sein, daß der Duellunfug ein Ende nimmt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafkammer in Leipzig verurtheilte Dienstag den Chefredakteur des „Leipziger General-Anzeigers“, Arthur Pleißner, wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch den seiner Zeit verbreiteten bekannnten Leitartikel: „Der jüngste deutsche Rittmeister“, in geheimer Sitzung zu zwei Monaten Festungshaft. Der Angeklagte erklärte sich als eifrigen Anhänger der Monarchie, aber er habe geglaubt, gerade monarchische Interessen zu vertreten, wenn er die Vorgänge bei der Ernennung des Reichstags-Abgeordneten Dr. Schmidt zum Rittmeister eindringlich kritisiert habe. Pleißner hat sofort Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Keine politische Fackelsteuer. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ demontirt wie folgt: „Die „Libre Parole“ giebt nach dem Madrider „Gerald“ den Inhalt eines Beileids-Telegramms wieder, das der Kaiser an die Wittve Emile Jolas gerichtet haben soll. Eine solche Depesche existirt nicht, und es gehörte ein ungewöhnliches Maß von Dreistigkeit dazu, um die scheinbar genaue Inhaltsangabe einer überhaupt nicht ergangenen kaiserlichen Kundgebung schlaunweg zu erfinden.“ Wäre es denn so schlimm gewesen, wenn Wilhelm II. der Wittve des müthigen Kämpfers für Wahrheit und Recht sein Beileid ausgesprochen hätte. Wilhelm II. ist doch sonst nicht so sparsam mit derartigen Depeschen! — Die Gastwirthe von Stuttgart und Umgebung haben in Anbetracht der hohen Fleischpreise den Preis für den Mittagstisch um 10 bis 15 Pf. erhöht. — Sämmtliche polnische Vereine in Sachen haben, wie der „Drendowit“ berichtet, von der Regierung die Weisung erhalten, daß in den Vereins-Versammlungen von nun an nur in deutscher Sprache verhandelt werden dürfte. — Die Schuhmacher-

Zwangsinnung in M. = Gladbach hat am Montag ihre Auflösung mit 99 gegen 19 Stimmen beschlossen. — In Berlin wurde Dienstag gegen Abend die Nummer 39 der „Lustigen Blätter“, dem bekannten Witzblatt, von Geheimpolizisten bei den Zeitungshändlern und Expediteuren beschlagnahmt. Ueber den Grund der Beschlagnahme verlautet nichts. — Die Apotheker Berlins haben sich in einer Versammlung neuerdings mit der Gewährung eines Rezeptur-Abzuges von 12 1/2 Proz. an die Krankenkassen einverstanden erklärt, und die Zentralkommission der letzteren hat sich bereit erklärt, die Krankenkassen zu einer Beschlusfassung darüber einzuberufen. Es ist also möglich, daß es zu einer Verteilung des Apothekenboykotts in nächster Zeit kommt, wenn nicht die Prothefenfrage eine Verständigung unmöglich macht. — Aus Oberösterreich wird geschrieben: Der Reallehrer Ed. aus Sosnowice, für den die kürzlich bei der Grenzkontrolle in einem Koffer entdeckten sozialistischen Broschüren bestimmt waren, ist in Rußland verhaftet worden. Einer der beiden in dieser Angelegenheit gefangenen Mädchen wurde aus dem Gefängnis entlassen. — Der österreichische Reichsrath ist nunmehr auf den 16. Oktober einberufen worden. — Mit dem Verkauf der dänischen Untertanen an die Vereinigten Staaten wird sich das dänische Parlament nunmehr abermals beschäftigen. Minister Deunger brachte am Mittwoch im Landsting die Vorlage wieder ein und empfahl schleunige Erledigung der Angelegenheit. Der Präsident setzte die erste Lesung auf den 15. und die zweite auf den 22. d. Mts. fest. — Die aus London gemeldet wird, hat die Kriegsunterforschungskommission, welche die Frage der militärischen Vorbereitung vor dem Kriege und die Operationen bis zur Einnahme von Pretoria untersuchen soll, am Dienstag ihre schwere Arbeit begonnen. Sie wird sich hauptsächlich mit den Munitionslieferungen sowie dem Transport der Mannschaften und Pferde beschäftigen. Wenn die Kommission ernstlich arbeitet, dürfte sie viel Schnur wegzuräumen haben. — Der spanische Ministerrath beschloß die Aufhebung des Belagerungszustandes für Barcelona und ferner, dem Könige ein Dekret zur Unterzeichnung vorzulegen, wodurch das Parlament für den 20. Oktober wieder einberufen wird. — Der oberste Gerichtshof des Kongo-Reiches hat nunmehr den Urtheilspruch in der Angelegenheit des Staatsanwalts Schmitz gefällt, der beschuldigt wurde, die Hinrichtung eines Hegerers vor der Verurteilung angeordnet zu haben. Das Urtheil lautete auf Freisprechung, da der Angeklagte „in gutem Glauben“ gehandelt haben will. Eine Strafe hat der andere kein Auge aus! — Auf der Grenze von Brasilien und Bolivien hat sich ein ernstlicher Zwischenfall ereignet. Nach einer Meldung des „Gerald“ haben nämlich bolivianische Truppen mehrere brasilianische Dörfer angegriffen und zwei brasilianische Kaufleute unter der Beschuldigung festgenommen, an dem Zustand im Vere-Bezirk theilhaftig gewesen zu sein.

Österreich-Ungarn.

Ein Skandal im ungarischen Abgeordnetenhaus. Mittwoch fand die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses im neuen Parlamentsgebäude statt. Die Sitzung brachte aber statt der erwarteten feierlichen Eröffnungsreden sofort einen Pandemonium darstellenden Skandal. Sofort nach Eröffnung der Sitzung nahm der Kossuthianer Bela Barabas das Wort zu den heftigsten Angriffen gegen die Regierung wegen ihres Fernbleibens von der Kossuthfeier und wegen des Ausgleichs. Als der Redner sagte, Österreichs Bestreben, Ungarn zu Grunde zu richten, entspreche auch dem Willen des Königs, und der Präsident hierfür den Redner zur Ordnung rief, entstand ein ungeheurer Tumult der äußersten Art. Die oppositionellen Abgeordneten sprangen von ihren Sitzen auf und schrien, der Redner habe Recht. Sei es nicht der König, so sei es der Kaiser, der Ungarn erschüttern wolle. Minutenlang dauerte der Lärm, ohne daß der Präsident sich vernünftig machen konnte. Als endlich Ruhe eingeetreten war, wiederholte Barabas seinen Angriff auf den Kaiser. Man drohte der Präsident unter großem Spektakel, dem Redner das Wort zu entziehen, worauf dieser mit einer feierlichen Erklärung im Namen der gesammten äußersten Linken schloß, die besagte: Die äußerste Linke werde nie und nimmer irgend welchen Ausgleich mit Österreich zulassen. Szell (der Ministerpräsident von Ungarn) that deshalb am besten, die Ausgleichsverhandlungen einfach abzubrechen; denn es gäbe kein Ministerium und keine Gewalt, welche die äußerste Linke verhindern könnten, diesen ihren Willen auszuführen. Wenn man zweizigmal das Abgeordnetenhaus auflösen sollte, werde sie immer wieder dasselbe thun. Diese formelle Aufhebung der Opposition wurde, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, von der Opposition mit freudigem Jubel angenommen, und als Ministerpräsident Szell sich zur Antwort erhob, ließ ihn die Opposition lange Zeit nicht zu Worte kommen. Szell erklärte sodann, der König sei der verfassungsmäßige Monarch; er versuche nie auf irgend eine der Parteien eine PreSSION zu üben, sondern lasse sich nur zwischen der Opposition und der Regierung verhalten. Der Ministerpräsident vertheidigte ferner auch (unter Schläger der Opposition) in sehr warmer Weise den Minister des Auswärtigen, Grafen Solowowski, den Barabas ebenfalls angegriffen hatte. Szell erklärte, Solowowski habe sich nie in die Ausgleichsangelegenheiten eingemischt und einzig nur an der Verhandlung über die italienische Grenzlinie theilgenommen. Bezüglich der Oppositionserklärung erklärte der Ministerpräsident, er erkenne keiner Opposition, selbst bei fragwürdigen Angelegenheiten, ein solches Recht zu. Das würde auf revolutionäre Wege führen.

Schweiz.

Der Streik der Bergarbeiter in Genf. Fünf- und zwanzig Gewerkschaften, darunter die der Holzschläger, Wasser- und Gasarbeiter, sprechen sich, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, für den Generalstreik aus, 8 dagegen. Die Proklamirung des Generalstreiks wurde für Mittwoch Abend erwartet, falls nicht die vom Staatsrath eingeleiteten Verhandlungen mit der Transaktion noch im letzten Augenblick erfolgreich gewesen sind, was kaum zu erhoffen ist. Die Ruhe ist angebrochen.

Frankreich.

Der Ausstand der Bergarbeiter. Das National-Isomite der Grubenarbeiter hielt Mittwoch Nachmittags in der Pariser Arbeitsbörse eine Versammlung ab, in welcher der Generalausstand beschlossen wurde. Die Arbeit soll Donnerstag früh wiedergeht werden. Die es heißt, telegraphische Ministerpräsident Combes an die Präsidenten der von dem Bergarbeiterausstand betroffenen zwölf

Departemens, daß sie alle in diesem Falle vorgeschriebenen militärischen Maßnahmen treffen sollen. — Im Kohlenbecken von St. Etienne ist der Generalausstand bereits perfekt. Ein Zwischenfall wurde bisher nicht gemeldet.

Italien.]

Der Streik der Hafenarbeiter von Genua gewinnt an Ausdehnung. Die Rutscher der Lastfuhrwerke haben ihren Unternehmern mitgetheilt, daß sie Waaren, die von Streikbrechern verladen sind, nicht befördern werden. Der Streik richtet sich nicht gegen die Rheber und Kaufleute, sondern gegen die Zwischenunternehmer, die Stauer. Diese beherrschen den Hafen; sie haben sich als die Bestzer der großen Lastfuhrwerke ein Monopol geschaffen und sich damit selbst die Kaufherren tributpflichtig gemacht. Nun haben aber die Arbeiter eine Widerstandsvereinigung und eine Kooperativgenossenschaft gegründet und verlangen die Beseitigung der Zwischenunternehmer, die ihnen mehr als die Hälfte des von den Rhebern gezahlten Lohnes vorenthalten. Die Arbeitskammer hat sich mit einem Schreiben an die Rheber gewandt; diese haben aber in ablehnendem Sinne geantwortet. Die Arbeiter verlangen ferner das Eingreifen der Regierung.

Vereinigte Staaten.

Der Streik der Kohlengrubenarbeiter in Pennsylvania. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus New York gemeldet: Ueber dreißig Zweigvereine der Bergleute-Vereinigung mit 30 000 Mitgliedern stimmten fast einstimmig für Fortsetzung des Streiks. Inzwischen geht das Gerücht, daß die Besenbesitzer nicht mehr einig sind. Mitchell, der Präsident des Bergarbeiterverbandes, erklärte sich, wie jetzt bestimmt gemeldet wird, gegen den Vorschlag Roosevelt's, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne direkte Zugeständnisse zu erhalten.

Ein Straßenbahnerstreik ist bereits seit einer Woche in New Orleans ausgebrochen. Wie der Londoner „Central News“ gemeldet wird, ist der Versuch, den Betrieb unter dem Schutze der Polizei wieder aufzunehmen, fehlgeschlagen und hat zu Unruhen geführt.

Schwere Anklagen gegen die amerikanische Kriegsführung auf den Philippinen erhebt die Anti-Imperialisten-Liga, zu deren Hauptern Karl Schurz, der bekannte Deutsch-Amerikaner und Kinfelbefreier, gehört. In einem Schreiben an den Präsident Roosevelt erbietet sich die Liga, die Beweise für die Folterung eines Paters Augustin durch amerikanische Soldaten unter Mitwirkung eines Sergeanten und in Gegenwart des kommandirenden Offiziers und des Arztes des Militärpostens zu erbringen. Der Zweck der „Waffentur“, nach deren dreimaliger Anwendung das Opfer starb, soll gewesen sein, dem Vater die Angabe über den Verbleib von Geldern abzupressen. An das Publikum ist eine ausführliche Darstellung der Lage auf den Philippinen gerichtet. Die Liga stellt darin unter Beibringung amtlichen Beweismaterials die Behauptung auf, daß die Offiziere und Soldaten von Anfang an barbarisch gewirthschaftet und unzählige Verbrechen begangen hätten, daß aber der Kriegsminister Root jegliche Untersuchung einzelner Fälle gänzlich hintertreibe. Die Wahrheit müsse ans Licht gebracht werden, was aber nicht möglich sei, solange der Präsident die Vertuschungspolitik des Kriegsministers dulde. Die Anklagen sind Punkt für Punkt dokumentarisch belegt und der Appell ist höchst ernst und sachlich gehalten, wie das von den Führern der Liga, welche alle hochangesehene Leute sind, nicht anders zu erwarten ist. Nichtsdestoweniger schweigt sich die Presse mit wenigen Ausnahmen darüber aus. Man will an die Philippiner so wenig wie möglich erinnert werden, so wenig, daß die Demokraten vollständig darauf verzichtet haben, die todt Philippinenfrage für Wahlzwecke wieder lebendig zu machen. — Root ist ein besonderer Liebling Roosevelt's, aber bei dem Gewicht der öffentlichen Meinung in Amerika wird der Präsident doch wohl für eine ausreichende Aufklärung sorgen müssen.

Neunte Jahresversammlung des Centralverbandes der deutschen Ortskrankenkassen.

Der zweite Verhandlungstag wurde 8 1/2 Uhr eröffnet. Zunächst wird der von einer Kommission ausgearbeitete Entwurf einer Geschäftsordnung angenommen. Hierauf hielt Professor Dr. phil. W. Stieda einen Vortrag über den 4. Punkt der T.-D.: „Arbeitslosenversicherung und Krankenkassen.“ Referent behandelte in eingehender Weise folgende Leitsätze:

- 1) Das Interesse für die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist neuerdings durch den Rückgang in vielen Geschäftszweigen und die bei den Krankenkassen um sich greifende Simulation besonders wachgerufen.
- 2) Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wäre an sich wünschenswerth und gerechtfertigt, obwohl sie an Bedeutung hinter der Kranken-Versicherung zurücksteht.
- 3) Es ist nicht möglich, die für eine Versicherung im modernen Sinne unentbehrlichen finanziellen Grundlagen für eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu beschaffen. Auch sind in der praktischen Durchführung große Schwierigkeiten zu überwinden: Begriff der unverschuldeten Arbeitslosigkeit, Haltung bei Streiks, Vergütung nur für eine bestimmte Anzahl von Wochen im Jahr, Kontrolle u. s. w.
- 4) Die in St. Gallen und Bern unternommenen Versuche, eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu organisiren, betriebligen nicht. Sie betheiligten mehr Wohlthätigkeit als Versicherung.
- 5) Die finanziellen Erfolge der städtischen Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit beruhen auf bestimmten örtlichen Verhältnissen. Auch diese Klasse ist keine eigentliche Versicherungs-Anstalt.
- 6) Die Arbeitslosigkeit ist im Wesentlichen auf drei Gruppen von Ursachen zurückzuführen:
 - a) auf den Wechsel der Jahreszeiten. Für eine Versicherung in diesen Fällen müßten besondere Prämientarife aufgestellt werden.
 - b) auf die täglichen Vorkommnisse im geschäftlichen Leben. Es ist sehr fraglich, ob man es bei ihr mit einer regelmäßig in gleichem Umfange wiederkehrenden Erscheinung zu thun hat. Ein zweckmäßiger organisirter zentraler, paritätischer Arbeitsnachweis wäre hier wirkungsvoller.
 - c) auf allgemeine und spezielle Krisen. An Regelmäßigkeit der Wiederkehr in demselben Umfange ist nicht zu denken, müßten auch kein korrekter Prämientarif aufstellbar.

7) Es ist nicht ausgeschlossen, daß in einer einzigen Reichsanstalt alle diese verschiedenen Risiken ausgeglichen gedacht werden könnten. Ein zuverlässiger Prämientarif würde sich aber selbst dann nicht aufstellen lassen. Das Reich als solches müßte das nicht zu umgehende Risiko auf sich nehmen.

8) Mehr zu empfehlen ist eine im Anschlusse an den öffentlichen Arbeitsnachweis von der Kommune ins Leben zu rufende, reichlich zu dotirende Klasse nach dem Muster Kölns.

Als erster Redner in der Diskussion erhielt Reichstagsabgeordneter von Elm das Wort. Die Ausführungen des Referenten seien interessant gewesen, in mehreren Punkten stimme er jedoch nicht mit ihm überein. So könne er sich mit der Behauptung des Vordreders, daß die Arbeitslosenversicherung hinter der Krankenversicherung zurückstehe, nicht einverstanden erklären, denn die Zahl der Arbeitslosen übertriffe bei Weitem diejenige der Kranken. Er sei der Meinung, daß die Folgen der Arbeitslosigkeit für den Betroffenen ebenso schwer seien, wie die Folgen der Krankheit. Bei einer längeren Arbeitslosigkeit sei Dies könne die schlimmsten Folgen haben. Gewiß sei es ungemein schwierig, versicherungstechnische Grundlagen für eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen, doch sei Dies nicht unmöglich. Man müsse durch immer wiederholte Zahlungen eine Grundlage schaffen. Das brauchbarste Material sei zu beschaffen durch die Gewerkschaften, die die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben. Eine Arbeitslosenversicherung seitens des Reiches biete große Schwierigkeiten; denn in erster Linie liegen große Gefahren vor, daß dadurch die Organisationen der Gewerkschaften gehemmt werden. Eine kommunale Versicherung sei aber noch schwieriger, denn viele Gemeinden würden garnicht im Stande sein die notwendigen Zuschüsse zu leisten. Wenn etwas gethan werden solle, so könne man nur Gutes schaffen auf zentralistischer Grundlage. Die Schwierigkeiten seien so enorm, daß es kaum möglich sei, eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen, bei welcher Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinschaftlich die Verwaltung führen. Man müsse den Arbeitern die volle Selbstverwaltung zugestehen, denn die Furcht brauche man nicht zu haben, daß sie die Arbeitslosen unterstützen werden. Die Arbeitslosenversicherung gewissermaßen den Krankenkassen anzugliedern zur Erhebung der Beiträge halte er nicht für zweckmäßig. Es sei notwendig, daß die Arbeitslosenversicherung in den Händen der Gewerkschaften liege, denen eine staatliche Beihilfe zu leisten wäre, und zwar müsse hier das Reich eintreten, weil viele Gemeinden hierzu kaum im Stande sein würden. Darin, daß durch eine solche Einrichtung die Arbeiter den Gewerkschaften gezwungen beitreten müßten, sehe er keine Gefahr. Man müsse heute doch die Ueberzeugung gewonnen haben, daß es unbedingt notwendig sei, daß jeder Arbeiter seiner Organisation beitrete, eben so wie es notwendig sei, daß alle Arbeitgeber ihren Organisationen beitreten. Zunächst sollte man die beruflichen Arbeitslosen-Versicherungen fördern, denn schon damit werde man die Krankenkassen erheblich entlasten. (Lebhafter Beifall bei einem großen Theil der Delegirten.) Es sprachen noch eine Reihe anderer Redner, wie auch eine Anzahl Resolutionen vorgeschlagen wurden, bis schließlich R. u. d. e. Hamburg den Antrag stellte, eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, die die vorliegenden Resolutionen zu einer einzigen zusammen fassen und dieser der Versammlung Mittwoch vorlegen soll. Dieser Antrag wurde auch angenommen. In seinem Schlußwort gab Professor Dr. Stieda seiner Freude darüber Ausdruck, daß alle Redner im Grunde genommen mit ihm darüber einverstanden gewesen, daß die Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung wünschenswerth sei. Er stimme auch mit v. Elm darin überein, daß es für die Arbeiter vorthafter sei, wenn sie sich ihren Gewerkschaften anschließen. Man dürfe aber nicht vergessen, daß diese Organisationen doch immer auch Kampforganisationen seien, und da könne man nicht gut verlangen, daß Reich, Staat und Kommune ihnen Zuschüsse gewährten. Zu Mitgliedern der Kommission, die den Auftrag hat, aus den verschiedenen Resolutionen eine herauszuarbeiten, wurden gewählt: Graef, Prinz, Kunde, Pfeifer und Wendlandt. Alsdann referirte Kohn die Krankenkasse der Kaufleute in Berlin gestellten Antrag: „Die Jahresversammlung möge beschließen, den Ortsklassen die regelmäßige Vornahme von Ermittlungen der Wohnungsverhältnisse ihrer erkrankten Mitglieder dringend zu empfehlen.“ Redner empfiehlt schließlich folgende Resolution zur Annahme:

„Die Jahresversammlung ist mit dem Referenten Kohn der Ueberzeugung, daß die Krankenkassen der Ausbreitung der Volkskrankheiten am zweckmäßigsten durch eine Feststellung und eine Beseitigung der Wohnungsverhältnisse vorbeugen können. Die Aufstellung eines einheitlichen Schemas zur Konstatirung der Wohnungsverhältnisse ist dringend angebracht. Die Mängel müssen von den Krankenkassen zur Kenntniß der Behörden gebracht werden. Die Krankenkassen haben ferner die Verpflichtung, der Wohnungspolitik der Landesversicherungsanstalten ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie haben dahin zu streben, daß Mitglieder in den Ausschuss und in den Vorstand dieser Anstalten gewählt werden, die ein tiefgehendes Verständnis für die Wohnungsverhältnisse haben. Der Krankenkassenverband ist ferner der Meinung, daß erst ein Reichswohnungs-gesetz, das jetzt von den Vertretern aller Parteien bestritten wird, die Wohnungsverhältnisse beseitigen wird.“

Mehrere Redner theilten mit, daß sie ähnliche Feststellungen im Bereiche ihrer Thätigkeit gemacht hätten, und hoben die große Wichtigkeit solcher Enquêtes hervor. Wendlandt, Magdeburg bemerkte, daß man in Magdeburg diese Enquete auch auf die Arbeitsräume und die Verhältnisse zwischen den Miethspreisen und dem Verdienstaussgedehnt habe. Der Antrag Kohn wird darauf mit folgendem Amendement Prinz-Kottbus angenommen:

„In Anbetracht, daß in Preußen bereits Gesundheitskommissionen auf Grund des Kreisarzt-Gesetzes bestehen und solche voraussichtlich intensiver als bisher ihres Amtes waltend werden, sollen die Ortskrankenkassen dahin streben, daß Ortskrankenkassen-Vertreter zu diesen Kommissionen zugezogen werden. Die Ortskrankenkassenverwaltungen in Bundesstaaten, die zur Zeit eine solche Kommission noch nicht haben, sollen dahin arbeiten, daß ähnliche Kommissionen auf gesetzlicher Grundlage geschaffen und zu diesen Kommissionen Ortskrankenkassen-Vertreter ebenfalls hinzugezogen werden.“

Die weiteren Verhandlungen wurden alsdann auf Mittwoch vertagt.

(Nachschrift: Mittwoch Nachmittag wurden die Verhandlungen bereits geschlossen. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Breslau gewählt.)

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 10. Oktober 1902.

Achtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung hat in seiner Sitzung am Mittwoch eine für die Lübeckischen Hafenarbeiter wichtige Entscheidung getroffen. Nachdem schon in der Sitzung des Reichsversicherungsamtes vom 9. Mai dieses Jahres der Stauereibetrieb bei den Schiffen der Nordischen Aktiengesellschaft für Schiffsahrt in Wasa (Finland) für versicherungspflichtig erklärt worden war, hat das Schiedsgericht in Gegensatz zu der Berufsgenossenschaft auch den Stauerei-Betrieb bei den Schiffen der Svea-Gesellschaft als der Reichs-Unfallversicherung unterstehend anerkannt. Es bleibt abzuwarten, ob die Berufsgenossenschaft sich bei dieser Entscheidung beruhigen oder noch die höchste Instanz anrufen wird. Die Entscheidung des Schiedsgerichts steht jedoch in vollster Uebereinstimmung mit der des Reichs-Versicherungsamtes.

Gegen die Fleischnot! Der heutigen Stadtauflage unseres Blattes liegt ein Flugblatt des Vorstandes des Deutschen Fleischverbandes bei, das in eingehendster Weise die Angaben dem bekannten Anti-Fleischnot-Flugblatt des Bundes der Landwirthe in das Reich der Fabel verweist und ungeschminkt die Wahrheit feststellt. Wir erlauben unsere Leser, das beigelegte Flugblatt nicht etwa einfach beiseite zu werfen, sondern es eingehend zu studieren.

Stechbrieflich verfolgt wird seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft der frühere Herbergsvater der „Herberge zur Heimath“, Heinrich Th. Reinhardt, gebürtig aus Schellerten. Dem Flüchtigen werden Unterschlagungen zur Last gelegt.

Volkunterhaltung. Der Neue Frauenverein beginnt seine Unterhaltungsabende für Frauen, Männer und Kinder in diesem Winter Sonntag, den 12. Oktober. Sie werden in der gleichen Weise wie früher weitergeführt werden. Dem Chorgesang unter der bewährten Leitung von Fräulein Hedwig Plitt folgt der Unterhaltungsabend mit Vorträgen, musikalischen und deklamatorischen Darbietungen u. Den Anfang macht ein Wagnerabend. (Siehe Inserat.)

100 Mk. Belohnung. Da vermuthet wird, daß das kürzlich auf dem v. Schrader'schen Gute in Bliestorf ausgebrochene Schadenfeuer auf böswillige Brandstiftung zurückzuführen ist, hat das Landrathsamt in Raseburg auf die Ermittlung des Thäters eine Belohnung von 100 Mk. ausgesetzt.

Der Großherzog von Oldenburg will Sonnabend Mittag dem Senat einen Besuch abstatten.

Zwangsversicherung. In Sachen der Angehörigen-Untersützung im Falle der Heilbehandlung des erkrankten Versicherten durch die Versicherungsanstalt ergiebt ein Bescheid des Reichsversicherungsamtes vom 29. März d. Js., daß, weil der Träger des Anspruchs auf diese Unterstützung der Versicherte ist, ein von diesem ausgesprochener Verzicht auch für dessen Angehörige verbindlich ist. Auch kann gemäß Bescheid vom 20. Mai d. Js., wenn die Anstalt die Heilbehandlung des Versicherten in dessen eigener Wohnung statt in einer Krankenanstalt ausnahmsweise übernommen hat, die Bewilligung einer Angehörigen-Untersützung aber unterbleiben ist, diese nicht nachträglich gefordert werden, weil dieselbe für Fälle der Heilbehandlung innerhalb der eigenen Wohnung des Erkrankten als eine gesetzlich erzwingbare Leistung nicht in Betracht kommt.

Die Wassertemperatur der Badeanstalt des Krähentisches betrug Mittwoch 7 1/2 Grad Celsius.

Sachbeschädigung. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch dieser Woche gegen 12 1/2 Uhr wurde in einer an der Kleinen Altesfähre belegenen Wirthschaft anscheinend aus Uebermuth eine Spiegelscheibe im Werthe von 20 Mk. zertrümmert. Zwei gut gekleidete junge Männer, die kurz vorher vergeblich Einlaß begehrten, sind der That dringend verdächtig.

Geplündeter Schaufenster. In verfloßener Nacht wurde ein an einem Hause am Markt besetzter Schaufenster erbrochen und aus demselben zwei gestrichelte Unterjachen gestohlen.

Festgenommen wurde ein Schlosser aus Stolpmünde, der seitens des Königl. Amtsgerichts in Stolp wegen Diebstahls stechbrieflich verfolgt wird.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der verheiratete Arbeiter Waderodt in Hamburg stürzte Dienstag in der v. Effen-Straße aus der dritten Etage eines Neubaus in die Tiefe und blieb mit zerstückelten Gliedern todt auf dem Platze liegen. — Der von Hamburg entwichene Privatsekretär Gust. Roth, der bekanntlich seinem Chef, dem Konsul Weber in Hamburg, außer einer bedeutenden Baar-

summe eine Briefmarkensammlung im Werthe von 150 000 Mark gestohlen und dieselbe zu einem Spottpreise in London losgeschlagen hat, ist auch in New York, wo man ihn bereits ausfindig gemacht hatte, seinen Verfolgern entwischt. — Der Marine-Schiffsbaumeister Neudeck in Kiel hat einen Roman „Unsere Zeit“ veröffentlicht, der sicher Aufsehen erregen wird; denn der Verfasser bespricht Zustände in der Verwaltung der Marine mit einem Freimuth, der ihm wahr-scheinlich eine Disziplinaruntersuchung einträgt. Die „Schl.-Hofst. Volksztg.“ berichtet schon, Neudeck sei telegraphisch nach Berlin beordert worden. — Beim Kriegsspielen mehrerer Knaben in Eckernförde hatte sich ein 13jähriger Knabe eine kleine Revolverkugel in die Tasche gesteckt. Dieselbe entlud sich und das kleine Geschöß drang dem Knaben in den Unterleib. Der Verletzte wurde nach Kiel geschafft, woselbst in den Akademischen Heilanstalten die Kugel auf operativem Wege entfernt werden soll. — Ein Unfall, der leider ein junges Menschenleben forderte, ereignete sich Mittwoch in der Stärke- und Sirup-Fabrik in Plau. Der 17jährige Sohn des Eisenbahnbeamten Meier, welcher zeitweise an epileptischen Anfällen litt, fiel bei Wiederkehr eines solchen Anfalles in eine zur Ausführung des Stärkeschaumes dienende Rinne, bei welcher er leichtere Arbeit verrichtete, und fand seinen Tod durch Ersticken. Die in Anspruch genommene ärztliche Hilfe blieb leider erfolglos. — Vor dem Schwurgericht in Bremen hatte sich heute der aus Lübecke in Westfalen gebürtige Bäcker Fr. W. Niemeier zu verantworten. Er war wegen Kontursverbrechens und Meineides angeklagt und wurde zu zwei Jahren neun Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und dauernder Eidezunsfähigkeit verurtheilt.

Hamburg. Die Geschäftspraktiken der Privatdetektivbureaus wurden in einem Privatbeleidigungsprozeß gegen den Inhaber des Privatdetektivbureaus „Fris“, Sperfeld, vor dem hiesigen Schöffengericht in das richtige Licht gerückt. An dem Angeklagten hatte sich ein im Auslande wohnender Kaufmann mit dem Auftrage gewandt, seine hier lebende Ehefrau, an deren ehelicher Treue er zweifelte, zu überwachen und ihm das Resultat seiner Bemühungen mitzutheilen. Gegen gute Bezahlung fand sich der Angeklagte, ein früherer Gerichtsdiener, dazu bereit und schickte seine „Recherchöre“ los, um sich nach dem Ruf und den Lebensgewohnheiten der Frau zu erkundigen. Seine Angestellten theilten ihm denn so Allerlei über die Frau mit und nun berichtete er an den Mann derselben, daß seine Vermuthungen, daß die Frau ihm nicht treu sei, richtig seien und daß er ihm bald dafür zwecks Ehescheidung die Beweise erbringen werde. Die Frau bekam Wind davon und strengte, da sie sich unschuldig fühlt, einen Privatbeleidigungsprozeß gegen Sperfeld an. Das Schöffengericht hielt den Angeklagten überführt und war der Meinung, daß so unerhörte grundlose Verleumdungen scharf geahndet werden müßten. Es erkannte deshalb auf eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Der Angeklagte hat gegen das schöffengerichtliche Urtheil Berufung eingelegt, so daß sich auch das Landgericht noch mit der Sache zu beschäftigen haben wird.

Hamburg. Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ hat im ersten Halbjahr einen Baarenumsatz in Höhe von 1 057 814,24 Mark gehabt und einen Gewinn von 32 188,55 Mark erzielt. Auf Antrag der Verwaltung des Vereins wurde in der Generalversammlung jüngst beschlossen, die Höhe der Summe, welche der Vorstand laut Statut als Anleihe inclusive der auf Sparkonto belegten Gelder entgegennehmen darf, auf 2 Millionen Mark festzusetzen.

Hamburg. Strandung. Nach einem bei der hiesigen „Kosmos“-Gesellschaft eingetroffenen Telegramm ist deren Dampfer „Kambyses“ bei Coionos Point, an der Küste von Costarica, gestrandet. Nähere Nachrichten über die Lage des Dampfers liegen noch nicht vor, das Telegramm sagt, dem „Hamb. Corr.“ zufolge, nur noch, daß Mannschaft und Passagiere gerettet seien und man hoffe, die Ladung zu bergen. Der Dampfer „Kambyses“, Kapit. D. Grimm, ist 1890 bei J. Laing in Sunderland erbaut, 3020 Reg.-Tons brutto groß. — Der Dampfer „Alexandria“ der Hamburg-Amerika-Linie, von Hamburg nach Baltimore unterwegs, gerieth auf den Goodwins-Bänken an Grund, kam aber später mit Hilfe eines anderen Dampfers wieder ab und setzte die Reise anscheinend unbeschädigt fort.

Hufum. Eine Wahlkreis-Konferenz für den 4. Wahlkreis (Hufum-Londern) fand am Sonntag in Hufum statt. Vertreten waren die Orte Hufum, Friedrichstadt, Londern, Eiderstedt, St. Peter; außerdem war der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Breccour, Kiel, anwesend, sowie Vertreter der Agitationskommission und ein Redakteur der „Schl.-Hofst. Volkszeitung“. Die Tagesordnung lautete: 1. Agitation und Organisation. 2. Die Reichstagswahlen. 3. Bericht des Vorort. 4. Aufstellung des Reichstagskandidaten. 5. Wahl des Vorort. 6. Verschiedenes. Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung wurden zusammengezogen und zunächst er-

ledigt. Breccour hielt dazu das einleitende Referat, an das sich eine umfangreiche Debatte angeschlossen. Dann folgte der Bericht des Vorort. Darauf wurde einstimmig Genosse Breccour wieder als Kandidat aufgestellt. Als Vorort wurde Hufum gewählt.

Alpenröde. Polizeistunde und Versammlungen. Der Tischler Edmann Rührt hatte für den 28. Oktober 1901 abends 8 Uhr eine öffentliche Volksversammlung in der „Schweizerhalle“ angemeldet. Die Polizeistunde war für dieses Lokal auf 10 Uhr festgesetzt worden. Die Bitte des Wirths, die Polizeistunde für den Versammlungstag um eine Stunde zu verlängern, wurde abgelehnt; um 10 Uhr mußte die Versammlung geschlossen werden. Der Einberufer führte ohne Erfolg Besuche beim Regierungspräsidenten und erhob schließlich gegen diesen Klage beim Oberverwaltungsgericht in Berlin mit der Begründung, daß, wenn die Versammlungen mit dem Eintritt der Polizeistunde geschlossen werden müßten, Personen, die am Tage zu arbeiten haben, das Versammlungsrecht überhaupt nicht ausüben könnten. Das Oberverwaltungsgericht setzte nunmehr auch ohne weitere Begründung die Verfügung der Polizeibehörde und den Bescheid des Regierungspräsidenten außer Kraft.

Güstrow. Schwurgericht. Unter Annahme mildernder Umstände verurtheilte das Schwurgericht Dienstag Nachmittag den Tischler Max Fröhlich aus Königsberg wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 9 Monaten Gefängnis. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. — Mittwoch hatte sich die Wirthschafterin Hilgert zu verantworten, unter der Anklage, am 25. Juni vor dem Amtsgericht zu Güstrow einen Meineid geleistet zu haben. Die Angeklagte bestritt jede Schuld. Die Geschworenen bejahten jedoch die Schuldfrage. Das Urtheil lautete auf drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Bremen. Schiffskollision. Nach telegraphischen Nachrichten kollidirte der deutsche Dampfer „Kronprinz Wilhelm“ Mittwoch Morgen bei Beach Head im Kanal bei Nebel mit dem englischen Dampfer „Robert Ingham“, wobei der Letztere sank. Die Mannschaft wurde bis auf 2 Personen, welche verunglückt sind, von dem Dampfer „Kronprinz Wilhelm“ an Bord genommen und in Southampton gelandet. Der „Robert Ingham“, ein kleiner Dampfer von 527 Registertons, war nach Thyne bestimmt. Der „Kronprinz Wilhelm“ erlitt keinen Schaden und setzte nachmittags seine Reise von Southampton nach Cherbourg fort.

Letzte Nachrichten.

Berlin Gekentert. In der Nacht zum Dienstag kenterte auf dem Tegeler See infolge stürmischen Wetters ein Auberboot, in dem sich der Techniker Erich Zielcke und der Ingenieur Adolf Friedrichs befanden. Obwohl beide Insassen gute Schwimmer waren, gelang es ihnen nicht, sich zu retten. Die Leichen sind bis jetzt noch nicht geborgen.

Hannover. Durch einen großen Waldbrand wurden die umfangreichen Tannenwäldungen des Barons von Langenhorn in der Grafschaft Bentheim vollständig vernichtet.

Wien. Eine Lokomotive stürzte Dienstag Abend in Golsheim bei Düsseldorf in eine Grube, über die das Gleis führte. Zwei Arbeiter kamen hierbei ums Leben, vier Arbeiter wurden schwer verletzt; zwei andere werden vermisst.

St. Goorshausen. Ein großes Feuer äscherte in Niederrallmenach 3 Wohnhäuser und 8 Scheunen ein. Ein beim Löschen thätiger Mann wurde durch einen niederstürzenden Balken getödtet.

Kopenhagen. Der Leprakranke, dessen Föhrung wir gemeldet hatten, hat Dänemark verlassen und wird nicht mehr dorthin zurückkehren.

Rom. Im Pulvermagazin am Hafen Panigaglia (Unteritalien) explodirte ein Geschöß; 5 Mann wurden getödtet, 2 verwundet.

Tiflis. Brücke in Brand gesteckt. Auf der nach Sabuntshi führenden Zweiglinie der transkaukasischen Bahn wurde am Abend des 5. Oktober der Oberbau einer Eisenbahnbrücke in Brand gesteckt. Als Arbeiter zum Löschen des Feuers herbeieilten, wurden Revolvergeschosse auf sie abgegeben, doch wurde niemand getroffen. Die Verbrecher entflohen in der Dunkelheit. Der Brand konnte gelöscht werden. Auf der Brücke fand man einige mit Petroleum gefüllte Eimer.

New-York. Bei einem Brande, der in den Petroleumfeldern von Beaumont (Texas) wüthete, sind zwölf Personen umgekommen.

Lübecker Marktpreise vom 8. Oktober.

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Weierci-Butter Pfd. 1,30 Mk., Gansen Stk. 3,40 Mk., Enten Stk. 2,80 Mk., Gähner Stk. 1,60 Mk., Ruten Stk. 1,— Mk., Lauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 0,68 Mk., Flugsans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,15 Mk., Würst Pfd. 1,20 Mk., Eier 8 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Ida Scheel
Ernst Hess
Verlobte.

Stodelsdorf. z. B. Lübeck. Hamburg.
Gestern Morgen entließ nach langen schweren Leiden unsere kleine süße Antonie im zarten Alter von 1 Jahr 2 Monaten.

H. Weiss und Frau geb. Kröger.

Umständehalber zu sofort oder später eine freundliche Wohnung, 1. Etage, zu vermieten. Preis Mk. 150. Zu erfragen

Gartengrube 22, part.

Wäsche wird gewaschen u. geplättet
Büllostraße 15, II.

Pr. Schweinefl. Pfd. 65 Pf.
Carbonade " 75 "
Kalbfleisch " 40 "
Rindfleisch " 50 "

W. Strohsfeldt

Glockengießerstraße 73
Markthallenstand Nr. 13 und 14.

Soeben eingetroffen.
200 Ctr. Weisskohl
Morgen und Sonnabend ab Bahn
(Produktenstrang)
ganz große feste Köpfe Stk. 10 Pfg.
hundertweise billiger.
Karl Voss, Soltkenstraße 27.
Ferialle Mühlenbr. 4a.
Fernsprecher 212.

Heute frisch:
Prima Leberwurst,
Leberwurst, Grünkurst,
Brotwurst und Kopffleisch
Stück 10 Pfg.
P. Lebesten, Mühlenstraße 8.
Prima dide Flohmen
Pfd. 70 Pfg.
W. C. Köppke
Klingenberg 4.
Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Druckerei des Lüd. Velkshoten.

Kartoffeln

liefert in
bester Waare
billigst

Karl Voss

Solitenstr. 27. Filiale: Mühlenbrücke 4 a. Fernspr. 212.

Grosse Auktion

am Freitag den 10. September 1902
Nachmittags 2 1/2 Uhr

14 Hundestraße 14

Über 1 Sopha, Stühle, Betten, Bettstellen, Kinderbettstelle, Küche, 1 Fahrrad, Kleiderschrank, Filzpanzettel, Stiefel und Schuhwaren, Basen, Spielsachen, Wein, Gummi-Schläuche, getragene Kleidungsstücke, Glace-Handschuhe, Mädchen-Mützen und Hüte, Bilder, ff. Zigarren und v. n. Gen. m.

Joachim Ch. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator

Geschäfts-Übernahme.

Mache hierdurch bekannt, daß ich das Kolonial- u. Fettwaren-Geschäft des Herrn J. Dencker, Vespergrube 43, käuflich übernommen habe und bitte ich, das meinem Vorgänger gezeigte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Stets gute Waaren und reelle Bedienung zu sicherb. zeichne
Hochachtungsvoll
Adolf Oemke.

Strumpf

-Fabrik.

Warum kaufen Sie Ihre
**Strümpfe und
Beinlängen**

27 Fischstraße 27?

Warum lassen Sie Ihre

Strümpfe

sein oder groß
27 Fischstraße 27
ankommen?

Weil dort alles in eigener Fabrik unter Leitung eines Verführers mittels 20 verschiedener, fein- und grobnadiger Maschinen aus bester gebrochener

Naturwolle

gestrickt wird und daher die

Halbbarkeit

erreicht ist; das Beste für

Schweiß-Füße.

Reparaturen

oder Strümpfe nach Maß werden nicht

nach anwärts

Sachsen oder Thüringen

geschickt, sondern werden sämmtlich

27 Fischstraße 27

erledigt.

H. Hornbogen

27 Fischstraße 27.

Strumpf-Fabrik.

Wegen Verlegung meiner Fabrik und Verkaufsräume nach der Königstraße 71

Ausverkauf

sämmtlicher Strumpfwaren zu sehr billigen Preisen.

Ca. 11000 Strümpfe, Socken und Beinlängen,

alles regulär gestrickt, nicht gewebt, also ohne Naht,

in meiner Fabrik aus Naturwolle hergestellt, kommen zum Verkauf.

Strumpf- u. Rockwolle, gute Marken, billig.

Strumpf-Reparaturen sofort.

Herm. Hornbogen, Fischstrasse 27.

Seim Quartalswechsel zum Abonnement empfohlen.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 5389

Preis pro Quartal M. 3.25, des einzelnen Heftes 25 Pfennig.

Unter ständiger
Mitarbeiterchaft
von A. Bebel,
Fr. Mehring,
Paul Lafargue
u. A. redigirt von
Karl Kautsky

Die Gleichheit

Zeitschrift
für die
Interessen der
Arbeiterinnen
Redigirt
von
Klara Zetkin

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 3051

Preis p. Quart. 55 Pf. ohne Bestellgeld, der einzelnen Nummer 10 Pf.

Der Wahre Jacob

Erscheint alle 14 Tage nebst einem Unterhaltungsblatt

Redigirt von S. Seymann

Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 7895

Preis pro Quartal 65 Pf. der einzelnen Nummer 10 Pf.

Möbel-Kaufhaus Gebr. Senff

Lübeck

Verkaufslokal: Klingenberg 3 und Marienstraße 9

empfehlen folgende besonders preiswerthe komplette Ausstattungen:

Komplete Ausstattung.

- 1 Sopha mit feinem Bezug
- 1 Vertikow
- 4 Stühle
- 1 Tisch
- 1 Bettstelle
- 1 Matratze
- 1 Waschtisch
- 1 Küchenschrank
- 1 Spiegel
- 1 Kleiderschrank

Zusammen Mk. 140.

Komplete Ausstattung.

- 1 Sopha mit feinem Bezug
- 4 Stühle ebenso
- 1 Vertikow
- 1 Antoinettisch
- 1 Spiegel mit Schrank
- 2 Bettstellen sehr fein
- 2 Matratzen
- 1 Waschkommode
- 1 Kleiderschrank
- 1 Küchenschrank
- 1 Stuhl

Zusammen Mk. 260.

Komplete Ausstattung.

- 1 feine Plüschgarnitur
- 1 Vertikow, elegant
- 1 feiner Säulentisch
- 1 Spiegelschrank
- 2 feine Muschel-Bettstellen
- 2 Matratzen
- 1 Waschkommode
- 1 Kleiderschrank
- 2 Stühle
- 1 Küchenschrank m. Aufsatz
- 1 Küchentisch
- 1 Stahl

Zusammen Mk. 350.

Komplete Ausstattung.

- 1 hochf. Bord-Plüschgarnit.
- prima Plüsch in all. Farb.
- 1 Vertikow, echt, mit Pilaster oder Säulen
- 1 Antoinettisch, fein polirt
- 1 Spiegel mit Konsol, gross
- 2 Muschel-Bettst., fein lack.
- 2 feine Matratzen
- 1 Waschkommode m. Marm.
- 1 zweithür. Kleiderschrank
- 1 Küchenschrank
- 1 Küchentisch
- 1 Stahl

Zusammen Mk. 480.

Mur gute Arbeit unter Garantie.

Wir bitten um Ihren Besuch.

Kein Zwang. Auch auf Theilzahlung.

Bei Aufträgen nach auswärts wird frei Bahn, bei Aufträgen am Platze frei Haus und angeheftete geliefert.

! Geschäfts-Gründung !

Prima Hammelfleisch Pfd. 45 Pfg.

- Keule - 55 -

- Rindfleisch - 50 -

- Kalbfleisch - 50 -

- gehacktes - 70 -

liefert

Fritz Möller

Wesensmauer 86, bei der St. Gräpelgrube.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** 10.

hab vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Bedenhosen - 1,50 - 6,45

Wandhosen - 2,60 - 6,75

Schlopphosen - 1,88 - 5,25

Heberhosen - 0,88 - 2,25

Wandhosen - 1,38 - 3,25

Leinwand-Jacke, schräge und gerade, 1,23

Jacke, Gerade, Schlopphosen, Strümpfe, Unterhosen, Hosen, Socken, alle sämmtlich billig.

Käse von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Erhalte zur Herdard, weissen Strümpfen und Socken weisse

Wirthschaft

sowie Klein-Verkauf

ist in Erinnerung zu bringen.

Hochachtungsvoll
J. Hack, Gumpelsdorf.

B. Anfertigen v. Kumbengarderob.

auch von altem Zeug empfiehlt sich

Frau Schöning, Heinrichstraße 28.

Achtung! Postdienerarbeiten!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 10. Oktober

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Club Fidelitas.

1. Gesellschafts-Abend (der Winter-) Saison

am Sonntag den 12. Oktober d. J.

im Lokale des Herrn Frahm, Concordiagarten, (Mühlenbrücke).

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Um 7 1/2, 9 und 11 Uhr: Quadrille à la cour.

Fremden-Einführung gestattet.

NB. Vereinsabzeichen sind anzulegen.

Der Vorstand.

Volks-Unterhaltung

Sonntag den 12. Oktober

im Konzerthaus Fünshausen (unten).

Chorgefang 6 Uhr. Unterhaltungsabend 7 1/2 Uhr.

Eintritt 10 Pfg.

Seglerclub Hansa v 1898

Stiftungsfest

am Sonntag den 12. Oktober

im Clublokal „Wakenitz-Bellevue.“

2 Uhr: Wettsegeln, Start und Ziel Wakenitz.

6 Uhr: Anfang des Balles. Bellevue.

8 Uhr: Preisvertheilung im Saal.

Humoristische Vorträge.

Eintritt 50 Pfg. Damen frei. Ende 2 Uhr.

Panorama

(Filiale Berlin, Passage)

Breitestr. 53, 1. Etg.

Diese Woche herrliche Reise.

Rhein.

Von Mainz bis Köln.

Jeden Tag von 10-1 und von 2-10 Uhr geöffnet.

Entree 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., 5 Reisen 1 Mk.

Circus Variété Reuterkrug.

Jeden Abend präcise 8 Uhr

Grosse Vorstellung.

Freitag Abend großer

Elite-Familien-Abend.

Sämmtl. Gesangsnummern neue Vorträge

Ren! Lebende Photographien.

Auf der Höhe

ist Heinr. Kalnberg's

Apollo-Theater

Fünshausen.

Spezialitätenvorstellung

(2 Humorigen).

Kalnberg als Silberbräutigam

nur noch 3 Vorstellungen.

Beginn 8 Uhr.

Von 9 Uhr an Schnittbillets.

Wilhelm-Theater.

Sonntag den 12. Oktober. Abends 7 1/2 Uhr.

Die zärtlichen Verwandten.

Lustspiel in 3 Akten von Benedix.

Vorverkauf bei H. Drefalt, Sandstr. 27.

Stadttheater

Freitag den 10. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr.

13. Borst. 12 Mann-Borst. 2. Freitag-Ab.

Reinheit. Der Kellermeister.

Operette in 3 Akten von Carl Zeller.

Sonabend: Auf Wunsch!

Czar und Zimmermann.

Sonntag Nachmittags 4 Uhr: Ein unbeschriebenes Blatt.